

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 42
Mai 2022

„Gute Infrastruktur ist erstes Ziel“

Interview mit Anna Hofmann, Landratskandidatin der LINKEN für Marburg-Biedenkopf

Es wird von dir gesagt, dass du direkt von der Schulbank in den Kreistag kamst. Wieso?

Ich bin schon mit 16 in die LINKE eingetreten. In den Kreistag kam ich eher zufällig, da es nicht so viele Mitglieder der PDS gab, die auf dem Land lebten.

Welche Orte findest du in unserem Landkreis besonders schön?

Der Landkreis hat viele schöne Orte – etwa die Wichtelhäuser bei Brunngershausen, von denen erzählt wird, es hätten dort Wichtel gelebt. Oder der Wollenberg und der Burgwald mit ihren Wäldern und Mooren. Die sind gefährdet – und die gilt es zu schützen.

Wenn du traurig bist – wo findest du Hilfe?

In der Hoffnung, dass der Kapitalismus überwunden werden kann und eine andere Welt möglich ist. Es gibt die Friedensbewegung, Fridays for Future, die LINKE, den Paritätischen Wohlfahrtsverband und viele andere zivilgesellschaftliche Gruppen, die für eine gesellschaftliche Umverteilung, Frieden und Klimagerechtigkeit eintreten. Das macht mir Mut.

Welches Problem beschäftigt dich aktuell am meisten?

Der Menschheit drohen zwei existenzielle Gefahren – der Atomkrieg und der Klimawandel. 100 Milliarden Euro gehören deshalb in ein Sofortprogramm für den Umstieg auf erneuerbare Energien, in eine konsequente Friedenspolitik und in soziale Sicherungssysteme und nicht in die grenzenlose Aufrüstung.

Fünf Begriffe, weshalb es wichtig ist, DIE LINKE zu wählen?

Für mich ist DIE LINKE die einzige Partei, die den Kapitalismus, den Neoliberalismus, die Umwelt- und Naturzerstörung und den Klimawandel in ihrem Programm wahrnimmt und dagegen etwas unternehmen

will. Es ist die einzige Partei, die seit jeher konsequent für den Frieden eintritt, und auch die Einzige, die sich konsequent für eine Umverteilung zwischen Arm und Reich einsetzt. DIE LINKE fordert eine ärztliche Versorgung, bei der Profite nicht im Zentrum stehen. Und DIE LINKE ist die Partei, die sich für alle Geflüchteten einsetzt und gegen eine „Festung Europa“ ist. Nicht nur Geflüchtete aus der Ukraine brauchen Hilfe und eine sichere Bleibe – auch Menschen, die vor Kriegen in anderen Ländern flüch-

ten, muss geholfen werden. Stattdessen sitzen Tausende in Europa in Abschiebehaft fest.

Was würdest du als Landrätin als Erstes in Angriff nehmen?

Ich würde mich zunächst um eine gute Infrastruktur kümmern: Drei Ärztehäuser mit Allgemein- und Fachärzten aufs Land. Reaktivierung der Ortskerne mit Dorfläden, Post, Sparkassen und Treffpunkten für junge und alte Leute. Und ein gut strukturierter ÖPNV – am besten zum Nulltarif. Um das tun zu können, will ich Landrätin werden.



▲ Anna Hofmann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag

Foto: Eren Gülltekin

Ein Landkreis für Alle!

Auch im Landkreis klappt die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Marburg-Biedenkopf ist einer der reichsten Landkreise Hessens, trotzdem ist Kinderarmut eine Alltagserscheinung und die Tafeln müssen immer mehr Menschen mit dem Nötigsten versorgen. Inflation und steigende Energiekosten werden auch bei Menschen mit mittleren Einkommen zu Einschnitten führen. DIE LINKE und ihre Kandidatin Anna Hofmann setzen sich für den Aufbau einer dezentralen,

krisenfesten Versorgungsstruktur in öffentlicher Trägerschaft ein.

Herzstück der Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe aller Bevölkerungsschichten ist die Einführung einer Kreis-Sozialcard, die Menschen mit geringem Einkommen, Hartz IV oder SGB XII ermöglicht, den Bus- und Bahnverkehr kostenlos zu nutzen, einen VHS-Kurs gebührenfrei zu besuchen, sowie vergünstigt ins Theater oder Schwimmbad zu gehen.

Fortsetzung S. 2

Gastkommentar

Kostenlosen ÖPNV begehren

Der kostenlose Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist ein Grundbaustein einer sozial-ökologischen Mobilitätswende. Fridays For Future Marburg hat ein Bürger*innenbegehren für den kostenlosen ÖPNV in Marburg gestartet.

Für die Verkehrswende unabdingbar!

Für 20 % aller Treibhausgas-Emissionen in Deutschland ist der Verkehr verantwortlich. Um die 1,5-Grad-Grenze noch einzuhalten, müssen sie drastisch reduziert werden. Auch Marburg hat das Ziel, 2030 klimaneutral zu werden – dafür muss jetzt eine Mobilitätswende eingeleitet werden, die eine wirkliche Alternative zum Auto bietet. Ein kostenloser und guter ÖPNV ist hier ein wichtiger Schritt.

Er ist sozial gerecht:

Elektroautos verbrauchen in der Produktion viele Ressourcen und sind teuer. Stadtpolitik muss aber die Mobilitätsbedürfnisse aller Menschen abdecken. Mobilität muss attraktiv und klimafreundlich sein – unabhängig vom Geldbeutel. Dafür brauchen wir den kostenlosen ÖPNV.

Er ist finanzierbar!

Die Stadt Marburg rechnet mit einem Plus von 570 Millionen Euro für 2021/ 2022. Damit wäre der kostenlose ÖPNV finanzierbar. Wir finden, wer Milliardenkonzernen Millionen an Steuern schenkt, kann nicht behaupten, für sozial gerechten Klimaschutz wäre kein Geld da.

Ihr seht das auch so?

Dann unterschreibt das Bürger*innenbegehren z.B. im Roten Stern und unterstützt die Kampagne als Sammler*innen. Infos dazu auf fff-marburg.org.

Fridays for Future Marburg

Energiearmut dauerhaft stoppen

Linke Fraktionen wollen, dass Kreis und Stadt Marburg mit zielgenauen Hilfen einspringen

Obst und Gemüse, Sprit und Gas – viele Güter sind in den vergangenen Wochen deutlich teurer geworden. Das trifft vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen und im Sozialleistungsbezug hart.

Auch die beiden Entlastungspakete der Bundesregierung, die insbesondere die Folgen steigender Energiepreise abfedern sollten, kommen bei den geringen Einkommen kaum an. Nach Gießkannenprinzip wird eine Einmalzahlung

von 300 Euro für alle Beschäftigten erfolgen. Hartz-IV-Bezieher*innen bekommen jedoch nur 100 Euro. Für drei Monate soll es ein Nahverkehrsticket zum Sonderpreis von monatlich 9 Euro geben.

Die Ampel-Koalition setzt auf schwache Einmalhilfen, anstatt dauerhafte Lösungen zu finden. Ein kostenloser Öffentlicher Nahverkehr und substanzielle, zielgenaue Hilfen für einkommensarme Haushalte wären die einzig

richtigen Lösungen. Eine Anhebung des Hartz-IV-Satzes auf 600 Euro fordern mittlerweile auch alle Sozialverbände und Kirchen.

Wer die soziale Spaltung überwinden will, muss bei den Ärmsten anfangen, statt mit der Gießkanne sogar Großverdiener*innen zu subventionieren.

Solange die Bundesregierung nicht handelt, müssen die Stadt Marburg und der Landkreis über zielgenaue Hilfen selbst eingrei-

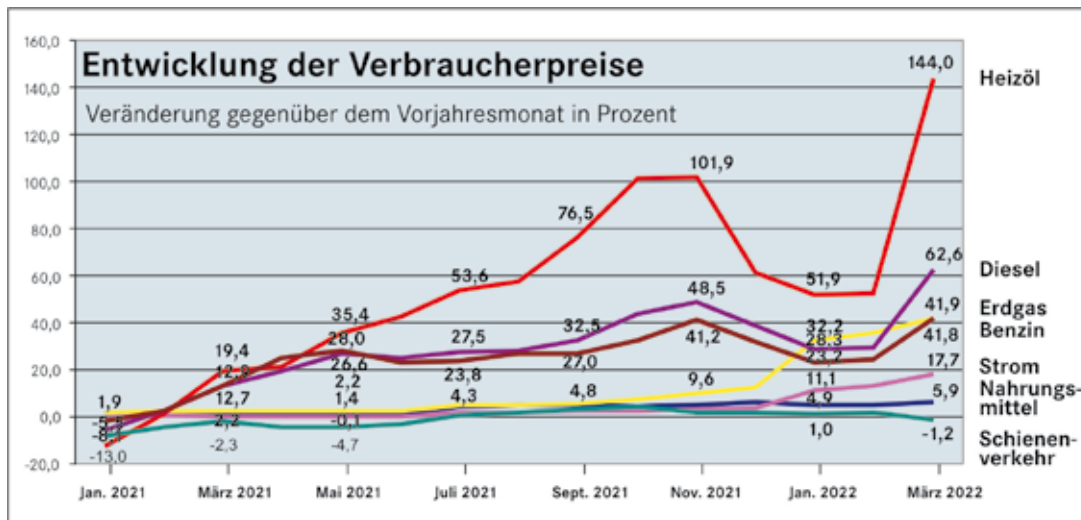
fen. Die linken Fraktionen haben in den Parlamenten z. B. einen Energie- und Mobilitäts-Sozialfonds und weitere Einmalhilfen gefordert. Während in der Stadt zumindest geprüft wird, wie man Menschen mit wenig Geld über Gutscheine helfen könnte, wird im Landkreis die Verantwortung von sich gewiesen. Ein Armutszeugnis. *Anna Hofmann*

Fortsetzung von S. 1

Landkreis für Alle!

Konkrete Verbesserungen für die Menschen sind untrennbar auch mit einem Wertewandel verbunden. Der Landkreis hat über das Kreisjobcenter Spielräume beim Umgang mit Hartz IV. Anna Hofmann kann und wird als erste Amtshandlung als Landrätin die Sanktionen aussetzen und dafür sorgen, dass die realen Wohn- und Heizkosten vom Jobcenter übernommen werden. Es ist weder human, noch mit dem Grundgesetz vereinbar, Menschen wegen nicht rechtzeitig eingereichter Formulare die Lebensgrundlage zu entziehen.

Für einen gerechten Landkreis, in dem alle angemessen leben können, gibt es einen Weg: Am 15. Mai Anna Hofmann zur Landrätin wählen! *Alex Cramer*



Quelle: Statistisches Bundesamt, Grafik: Nico Biver

Keine Versorgungslücken auf dem Land

DIE LINKE fordert Medizinische Versorgungszentren

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten des Landkreises ist seit Jahren prekär. Immer mehr Hausärzt*innen gehen in den Ruhestand; junge Kolleg*innen scheuen die Übernahme einer Landarztpraxis. Ein Hauptgrund neben der finanziellen Belastung ist häufig die Infrastruktur auf dem Land: Es fehlt an Kindertagesstätten und Schulen, an Berufsangeboten für die Ehepartner*innen.

Medizinische Versorgungszentren (MVZ) könnten Abhilfe schaffen und mehr Ärzt*innen in ländliche Gebiete holen – das hat DIE LINKE wiederholt im Kreistag vorgeschlagen. Idealerweise sollten die Zentren von öffentlicher Hand – etwa als GmbH – unter ärztlicher Leitung betrieben werden. Ärzt*innen und Fachpersonal wären mit festem Arbeitsvertrag beim Landkreis an-

gestellt; das Gehalt wäre mit dem Einkommen in Krankenhäusern vergleichbar. Die anstehenden Kosten würde die Kreisverwaltung mit den Krankenkassen abrechnen.

Die Vorteile für alle liegen auf der Hand: Die medizinische Versorgung auf dem Land wäre gesichert, die Ärzt*innen könnten auf Wunsch auch in Teilzeit arbeiten, die Urlaubsvertretung wäre gesichert. Und nicht zuletzt: Der Kauf einer eigenen Arztpraxis und ein Umzug wären nicht nötig – wie andere Arbeitnehmer könnten auch Ärzt*innen zu ihrem Arbeitsplatz pendeln.

Nach langem Zögern hat sich der Kreisausschuss dazu durchgerungen, die Möglichkeiten der Errichtung eines MVZ zumindest im Hinterland zu prüfen. Eine baldige Entscheidung wäre schon der erste Schritt. *Ingeborg Cernaj*

Agrarwende ist erforderlich

Bio-Produkte durch Umverteilung erschwinglich machen

Die grünen Kreuze auf den Feldern belegen: Viele Landwirt*innen erleben die aktuelle Situation als existenzbedrohend. Der Wettbewerb der Discounter im Nahrungsmittelsektor ist für viele ruinös; sie können die niedrigen Lebensmittelpreise nur durch Steigerung der Produktion ausgleichen: Aus dem Boden rausholen, was möglich ist, zur Not mit Glyphosat und anderen Giften. Die Fleischerzeugung zu Schleuderpreisen ist mit Tierwohl nicht vereinbar; Antibiotika werden massenhaft angewendet, um die Tiere bis zur Schlachtreife zu bringen.

Auf der anderen Seite leidet die Natur: Insektensterben, Rückgang der Vogelarten und der Artenvielfalt in Feld und Wald. Doch nicht nur für Tiere sind Glyphosat & Co gefährlich; sie schädigen auch das Nervensystem beim Menschen. Die Par-

kinsonkrankheit wird in Frankreich bei Landwirt*innen längst schon als Berufskrankheit anerkannt.

Die konventionelle Landwirtschaft ist auch für den Klimawandel mitverantwortlich. Regenwälder werden gerodet, um Soja für die Massenzucht in den Industrieländern anzubauen. Rinderherden produzieren klimaschädliche Gase; das Grundwasser wird durch Gülle vergiftet...

Die Politik ist gefragt, eine Agrarwende muss her. Ökologisch wirtschaftenden Landwirt*innen muss der Zugang zu Ackerland erleichtert werden. Biologisch produzierte Nahrungsmittel müssen stärker wertgeschätzt werden. Damit sie auch für arme Menschen erschwinglich bleiben, fordert DIE LINKE auch eine soziale Wende – eine Umverteilung zwischen Arm und Reich.

Ingeborg Cernaj

Verkehrswende sofort

Bus- und Bahnverkehr ausbauen und kostenlos anbieten

Angesichts massiv steigender Spritpreise, Importabhängigkeit von Autokratien und Diktaturen und hoher CO₂-Emissionen im Verkehrssektor ist eine schnelle Wende vom Auto hin zum Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) unerlässlich. Monatstickets drei Monate lang für neun Euro – wie sie die Bundesregierung anbietet – sind zumindest in unserem Landkreis keine ausreichende Lösung.

Langfristig sind ein massiver Ausbau des Bus- und Bahnangebots und ein Nulltarif geeignet, einen flächendeckenden Umstieg attraktiv zu machen.

Wer im Landkreis auf den ÖPNV angewiesen ist, muss neben dem nötigen Kleingeld auch Zeit mitbringen. Während man mit dem Auto etwa von Niedereisenhausen nach Marburg nur eine gute halbe Stunde braucht, müssen für Bus und Bahn mindestens anderthalb Stunden veranschlagt werden. Und diese Rechnung geht nur auf, wenn alle Umstiege unterwegs klappen.

Große Kommunen wie Kirchhain, Gladenbach oder Biedenkopf, die an den ÖPNV angebunden sind, haben bei der Verkehrswende noch verhältnismäßig gute Karten. Andernorts stellen Anrufsammeltaxis und von ehrenamtlichen Fahrer*innen gefahrene Bürgerbusse die einzige Alternative zum Auto dar.

Neben einer Reaktivierung still-

gelegter Bahnstrecken, für die DIE LINKE bereits Anstöße gegeben hat, und der Einrichtung einer Regiotram, die Marburg und den Landkreis mit Gießen verbinden würde, ist ein massiver Ausbau des Busverkehrs erforderlich, wenn der Umstieg vom PKW auf Bus und Bahn attraktiv sein soll.

Mit Anna Hofmann als Landrätin könnte die Verkehrswende sofort angegangen werden: Mit einer gemeinsamen Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV von Kreis und Kommunen und einem steuerfinanzierten Nulltarif lassen sich jahrzehntelange Versäumnisse aufholen.

Alex Cramer



▲ Ohmtalbahn-Reaktivierung: Begehung des Bahnhofs in Kirchhain mit dem Marbruegr Landtagsabgeordneten Jan Schalauske

Mehr Schiene wagen

DIE LINKE gab Anstoß für Reaktivierung der Ohmtalbahn

Die Gesamtkosten für den Ausbau der A49 sind inzwischen auf über 1,4 Mrd. Euro gestiegen. Das Projekt ist nicht nur wegen seiner negativen ökologischen Auswirkungen umstritten. Auch der Bundesrechnungshof hat schon mehrfach Zweifel an der Kostenrechnung von Ex-Verkehrsminister Andreas Scheuer geäußert.

Aber es gibt auch gute Nachrichten. Nachdem im vergangenen November die von der LINKEN in Kirchhain initiierte Vorstudie zur Reaktivierung der Ohmtalbahn veröffentlicht wurde, dürfte hier bald der nächste wichtige Schritt folgen. Eine Machbarkeitsstudie, die auch

die Modernisierung der Vogelsbergbahn beinhalten soll, wird aktuell geplant. Mit beiden Bahnen würde eine direktere Verbindung von Marburg nach Fulda/Gießen geschaffen.

Dieses Projekt kann mehrere Ziele erfüllen. Die immer wieder versprochene Stärkung des ländlichen Raums geht Hand in Hand mit klimafreundlichem Verkehr. Außerdem würde die neue Strecke eine deutlich schnellere Verbindung als jetzt schaffen. Die geschätzten Gesamtkosten würden sich auf ca. 127 Mio. Euro belaufen, was nur einen Bruchteil der Kosten der A49 bedeuten würde.

Es wird interessant sein zu sehen, wie ernst es die Grünen in der Landesregierung mit der Verkehrswende meinen. Hier besteht eine Chance sie umzusetzen. Die LINKE wird sich dafür stark machen, dass die Reaktivierung der Ohmtalbahn schnellstmöglich verwirklicht wird.

Alexander Kubon

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro, Elisabethstr. 9, 35037 Marburg

► **Kreis-Mitgliederversammlung** der LINKEN, jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Ort: in Bürgerhäusern

► **Marburger Linke** erweiterte Fraktion, montags, 19.30 Uhr

► **Kreis AG**, dienstags, 18.30 Uhr

Allen Geflüchteten helfen!

Es ist großartig, wie engagiert Initiativen und Vereine sich im Landkreis und der Stadt Marburg um Geflüchtete aus der Ukraine kümmern. Wie unbürokratisch man Lösungen finden konnte, ukrainische Schutzsuchende mit der Bahn kostenfrei von Polen nach Deutschland zu bringen und wie schnell Menschen in die sozialen Sicherungssysteme integriert werden können... Wenn der Wille dazu da ist.

Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass auch andere Kriege

und Krisen nach wie vor Menschen zur Flucht zwingen. Auch diese brauchen unsere Solidarität und unsere Aufnahmebereitschaft im Landkreis und in der Stadt Marburg.

Es sitzen immer noch über 1.000 Geflüchtete aus Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen, Somalia und Iran in polnischen Abschiebegefängnissen fest. Weiterhin wird Schutzsuchenden in den belarussisch-polnischen Grenzländern oder in Booten vor der griechischen Küste der Zutritt zur EU verwehrt. Andere sitzen auf griechischen Inseln hinter Stachel-

draht fest oder müssen in Frankreich oder Italien illegal campieren.

Gleichzeitig werden immer noch gut integrierte, seit Jahren hier lebende Geflüchtete aus dem Landkreis ausgewiesen. Riffat M. droht immer noch aus Gladenbach abgeschoben zu werden, trotz Ausbildung, vorbildlicher Integration und Beschlüssen aus dem Gemeindeparlament.

Diese Schutzsuchenden fliehen auch vor Krieg und Unterdrückung – sie haben ebenso ein Recht auf Schutz in der Stadt Marburg und im Landkreis. Solidarität ist unteilbar, unabhängig von Herkunft, Klasse und Geschlecht. *Anna Hofmann*

Impressum

Paroli

Herausgeberin dieser Ausgabe:

DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Alex Cramer (Verantw.)
Renate Bastian, Nico Biver, Alex Kubon

Layout: Nico Biver

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf

Elisabethstr. 9, 35037 Marburg

Tel. 06421-163873

info@die-linke-marburg.de

www.die-linke-marburg.de



Foto: Alexander Cramer

Kein Gewerbe an Cappeler Lahn

Marburger Linke aktiv gegen Gewerbe- und Industriegebiet auf Cappeler Lahnauen

Gut sichtbar sind im Cappeler Feld große Plakate angebracht. Viele besorgte Bürger*innen wehren sich gegen die umweltzerstörende Idee, hier ein riesiges neues Gewerbegebiet zu planen. Als Frischluftschneise für

Marburg und als offizielles Hochwasserschutzgebiet haben die Lahnauen angesichts des Klimawandels eine zunehmende Bedeutung.

In diesem durch Wiesen und Felder geprägten Freiraum lassen sich Tiere beobachten und die

Schüler*innen der Erich-Kästner-Schule können erste Erfahrungen beim „Kartoffeln-ziehen“ sammeln. Auf dem Planetenweg begegnet man sich für einen kurzen Plausch – oder beim Radfahren, Joggen, Inlinern, Walken oder Spazieren-

gehen. Eine Gewerbeansiedlung würde dieses wichtige Erholungsgebiet zerstören. Zudem sind die verheerenden Bilder der Hochwasserkatastrophe vom vergangenen Sommer im Ahrtal noch vor Augen. Der Starkregen in Marburgs Südviertel mit gefluteten Straßen, Kellern und dem Schloßbergcenter ist ebenfalls noch in Erinnerung. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass Grünflächen und Flüsse für notwendige Abkühlung im Sommer für zugebaute Innenstädte sorgen. Das gilt auch für Marburgs City. Nur der Oberbürgermeister scheint dies bisweilen zu vergessen. Obwohl er sich in der Presse mit den Worten zitieren lässt: „Grünflächen schaffen Abkühlung“ oder „Die Frage Klimafolgenanpassung ist eine Notwendigkeit, der wir uns nicht verweigern dürfen“.

Deshalb forderte die Marburger Linke in einem Antrag, alle Planungen des Magistrats für eine Gewerbeansiedlung in den Lahnauen einzustellen. Da auch eine Stellungnahme der Stadt zum Regionalplan Mittelhessen diese Option enthält, lehnte die Marburger Linke sie ab. Wie heißt es so schön im Koalitionsvertrag? „Die Ansiedlungs- und Flächenentwicklungspolitik gilt es im Sinne sozial-ökologischer Nachhaltigkeit kriteriengeleitet und unter Einbindung der Bevölkerung zu gestalten.“ Leider werden die vielen kritischen Stimmen schlicht überhört, die Signale der Natur missachtet, das eindeutige Votum des Ortsbeirat Cappel zum Schutz der Lahnaua ignoriert.

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr

Kita-Personal am Limit

Ver.di streikt für bessere Bedingungen und Entgelte

Schon dreimal in diesem Frühjahr, im März, April und Mai, mussten die Beschäftigten im Erziehungs- und Sozialbereich streiken und auf die Straße gehen, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Coronabedingt waren die bundesweiten Tarifverhandlungen zwei Jahre lang unterbrochen worden.

Nun geht es mit Elan um drei Schwerpunkte: eine Verbesserung der belastenden Arbeitsbedingungen, finanzielle Aufwertung der Arbeit und Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel. Auch Städte wie Marburg suchen dringend ausgebildete Fachkräfte für die Kindertagesstätten.

Was aber machen die Städte, die im Verband kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) zusammengeschlossen sind? Sie drehen die Taschen ihrer Sparanzüge nach außen: Wir haben nix, wir geben nix. Es wird also weitergekämpft. Denn es hatte sich spätestens in der Corona-Krise gezeigt, welche zentrale

Bedeutung einer qualifizierten und verlässlichen Kinderbetreuung zukommt. Ist es da zu viel verlangt, wenn die Beschäftigten wenigstens ansatzweise angemessen bezahlt werden wollen? Leuchtet es nicht ein, dass sie mehr Zeit für die Vorbereitung und Aufarbeitung ihrer Tätigkeit mit den Kindern brauchen? Ist es nicht logisch, dass mehr Arbeitskräfte in den Beruf kommen und auch bleiben, wenn Bezahlung, Arbeitsbedingungen und pädagogischer Auftrag in Einklang stehen?

Hinzu kommt: Ab 2026 besteht ein Recht auf die Ganztagschule. Höchste Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, dass zum Beispiel für die Nachmittagsbetreuung die vorhandenen Kräfte anständig bezahlt und genügend neue eingestellt werden. Von der notwendigen Begleitung von Kindern mit Behinderung ganz zu schweigen.

Eine Streikende bei der Ver.di-Kundgebung am 6. April schlug vor, dass die Stadt Marburg ein Beispiel

geben und die Forderungen der Gewerkschaft unmittelbar umsetzen könnte. Einige hessische Städte wie Offenbach, Dietzenbach oder Hanau zahlen bereits mehr, als der Tarifvertrag vorsieht. Warum nicht auch Marburg, wo in der städtischen Kasse kein Geldmangel herrscht. Eine gute Idee, findet die Marburger Linke, die dies in einem Antrag an das Stadtparlament vorschlägt.



Foto: Renate Bastian

▲ Kundgebung am 6. April in Marburg der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten

Mahnmal Memoria sichern

Das Denkmal für die Opfer des Mordanschlags in Hanau immer wieder beschädigt

Er feingliedrig und zurückhaltend präsentiert sich das Mahnmal Memoria gegen Rassismus, das am Friedrichsplatz steht und an die Opfer des Mordanschlags in Hanau und an alle Opfer von Rassismus in Deutschland seit 1992 erinnert. Seit seiner Errichtung vor gut einem Jahr wurde es immer wieder in Frage gestellt und schon dreimal beschädigt.

Ganz anders sein Gegenüber: Das heutige Staatsarchiv beherrscht in monumentalem Stil den Platz. 1938 in der düstersten Zeit des staatlichen deutschen Rassismus errichtet, hat es die Jahre intakt überstanden. Lediglich im Inneren wurde das Nazisymbol über dem Portal herausgehämmert, aber das Deckendekor mit Hakenkreuzen blieb erhalten. Am Platz davor, den man nach Adolf Hitler genannt hatte, fanden damals Nazi-Aufmärsche statt. Ein geeigneter Ort der Mah-

nung also vor den mörderischen Folgen von Rassismus.

Die Plattform „Solidarität simdi“ (dt. jetzt), von der die Initiative ausging, hat den Platz ausgewählt und schon mehrere fanden hier Kundgebungen statt. Das Argument gegen den Standort, der Friedrichsplatz stünde unter Denkmalschutz, ist bizarr.

Die Marburger Linke konnte im Stadtparlament zusam-

men mit den Fraktionen der Koalition im März beschließen, „...das Mahnmal zu schützen und gemein-



Foto: Alexander Cramer

sam einen zentral im Stadtgebiet gelegenen Standort zu finden, der dem Charakter des Mahnmals gerecht wird und somit dem Gedenken einen deutlich sichtbaren Ort im Stadtraum ermöglicht. Der genaue Standort des Mahnmals ist im Dialog mit den Initiator*innen abzustimmen. Bis ein neuer Standort gefunden ist, soll das Mahnmal an seinem jetzigen Standort verbleiben.“ Auch wenn sich CDU und FDP querstellten, die Plattform „Solidarität simdi“ wird auf dieser Basis mit dem Magistrat Gespräche führen.

Renate Bastian

Neue Dächer für Obdachlose

Wohnen ist ein Menschenrecht. Wer kein Dach über dem Kopf hat, zählt in der Gesellschaft nicht. Der Sozialbericht der Stadt Marburg spricht für 2021 von 80 Menschen ohne eigene Wohnung. 28 von ihnen leben in einer Unterkunft, elf nehmen am Programm „Probewohnen“ teil. Zwei Einrichtungen raren bisher für diesen Personenkreis vorgesehen: das Haus am Ginseldorfer Weg, inzwischen aber nicht mehr tauglich und kaum noch genutzt, und die Aufenthaltsstätte in der Gisselberger Straße als Angebot für kurzfristiges Obdach.

Die Stadt Marburg will nun einen neuen Anlauf nehmen. Sie plant ein Haus für Frauen und Familien in der Gemoll in Ockerhausen. Dieses Projekt wird zurzeit mit dem Ortsbeirat und mit Anwohner*innen ausführlich diskutiert.

Für obdachlose Männer wurde Anfang April ein neues Vorhaben vorgestellt, nach dem Modell des Vinzi-Dorfs in Wien und Graz. Für Marburg sind zehn freistehende Wohneinheiten plus Gemeinschaftsräume geplant: 7 bis 8 Quadratmeter mit Bett, Tisch, Stuhl und Schrank. Wo sie in Marburg aufgestellt werden, ist noch nicht entschieden. Bei der Planung war für den linken Stadtverordneten Miguel Sanchez die Einbeziehung der betroffenen Männer wichtig. Er kennt die Probleme der Obdachlosen aus der eigenen Arbeit und hat sie im Stadtparlament mehrfach angesprochen.

Renate Bastian

Morde von Mechterstädt nicht vergessen

Am 25. März fand am Denkmal auf dem Friedhof der Gemeinde Thal (Thüringen) die alljährliche Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die fünf-

zehn Arbeiter aus der Gemeinde Mechterstädt, die am 26. März 1920 von Marburger korporierten Studenten in Mechterstädt gefangen genommen und ermordet wurden. Im Auftrag des Magistrats legten der Stadtrat der Marburger Linken Henning Köster-Sollwedel ebenso wie Bettina Heiland und Michael Heiny von der Geschichtswerkstatt Marburg einen Kranz nieder.

In seinem Grußwort betonte der Stadtrat, Marburg sei seinerzeit von reaktionären und konterrevolutionären Kräften geprägt

gewesen. Nach den Morden habe sich die Universität lange schwer getan, „die Mitschuld und Komplizenschaft ihrer damaligen Leitungen einzugestehen“. Auch die Täter seien freigesprochen worden. Erst 2019 hat die Universität eine Tafel zum Gedenken an die Opfer von Mechterstädt angebracht und die Täterschaft der Studenten benannt.

Mittlerweile hat sich in Marburg eine ganz andere Kultur etabliert. Die Marburger Linke hat dabei oft die Impulse der Geschichtswerkstatt aufgegriffen, die die Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rassistischen Aktivitäten vorangetrieben hat. Straßen, die nach lokalen NS-Größen benannt waren, wurden umbenannt und auch die Aktivitäten rechter, schlagender Verbindungen waren wiederholt Thema. Die Marburger Linke wird die Erinnerung an die getöteten Arbeiter in Thal hochhalten und auch heute rechtsextreme Aktivitäten in Marburg klar benennen und bekämpfen.

Henning Köster-Sollwedel



Foto: Henning Köster

▲ Henning Köster erinnerte am Gedenkstein in Thal (Thüringen) an die 15 Arbeiter, die 1920 von Marburger Korporierten ermordet wurden

Wiesbadener Zwischenruf

Negativer Ort der Demokratiegeschichte

In vielen Städten Deutschlands, so vor einigen Jahren auch in Kirchhain, wird darüber diskutiert, Straßen und Plätze, die den Namen Hindenburg tragen, umzubenennen. Nicht ohne Grund finden viele Menschen, dass mit dem ehemaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg ein Antidemokrat gewürdigt wird.

Er war ein Wegbereiter des Faschismus. Mit seiner Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hat er 1933 die Machtübertragung an die Nationalsozialisten herbeigeführt. Als Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg trägt Hindenburg die Verantwortung für Millionen Tote.

Da mutet es wie ein Schildbürgerstreich an, dass ausgerechnet die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) sein Grab in der Marburger Elisabethkirche zu einem „positiven Ort der Demokratiegeschichte“ in Hessen umdeuten wollte. Dabei sollte die Feststellung, dass niemand durch eine demokratische Wahl automatisch zum Demokraten wird, eigentlich zum Grundkanon politischer Bildungsarbeit gehören. Gerade in Zeiten, in denen die äußerste Rechte Geschichtsrevisionismus betreibt und der gewaltbereite Rechtsextremismus erstarkt, sind die demokratischen Institutionen der politischen Bildung besonders gefordert, einen verantwortungsvollen Umgang mit der Geschichte zu pflegen.

Nach öffentlicher Kritik, u.a. durch den Marburger Historiker Prof. Eckart Conze, hat sich der Direktor der HLZ Alexander Jehn mittlerweile entschuldigt. Damit ist es aber nicht getan. Die Landesregierung muss klären, ob ein Direktor, der eine solch gravierende Fehlentscheidung getroffen hat, überhaupt tragbar ist.

Jan Schalauske

Wer soll das bezahlen?

Aufrüstungspläne trotz NATO-Überlegenheit

Die Wahrheit stirbt bekanntlich im Krieg zuerst, aber leider auch die Vernunft.

Anders ist es nicht zu erklären, dass Wirtschaftsminister Habeck auf der Suche nach Gas ausgerechnet in Katar und in den Arabischen Emiraten gelandet ist. Das zeigt, wieviel von der „wertebasierten“ Außenpolitik der neuen Regierung zu halten ist. Die Emirate sind neben Saudi-Arabien führend am Krieg im Jemen beteiligt, der nach UNO-Angaben bisher 370.000 Tote, darunter 70 Prozent Kinder, gefordert hat. Gelten unsere Werte nur für Europäer*innen?

Ähnlich unvernünftig ist der Beschluss, der Bundeswehr zusätzlich 100 Mrd. Euro zuzuschustern und den Rüstungshaushalt auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung anzuheben. Offensichtlich wird hier ein lange gehegter Plan im Windschatten des Ukraine-Krieges umgesetzt. Bereits im vergangenen Dezember hatte Kanzler Scholz dem NATO-Generalsekretär Stoltenberg eine Erhöhung der Rüstungsausgaben versprochen.

Dabei ist die NATO allen anderen Staaten haushoch überlegen.

Das verdeutlichen die Zahlen zu den weltweiten Rüstungsausgaben, die jedes Jahr vom schwedischen SIPRI-Institut veröffentlicht werden. 2021 gaben die NATO-Staaten 1.157 Mrd. Dollar für Rüstung aus, Russland 66 Mrd. Dollar, nur unwesentlich mehr als Deutschland mit 56 Mrd. Dollar.

Zur Verteidigung dürfte das wohl reichen. Schließlich zeigt heute selbst ein armes Land wie die Ukraine, dass es Russland erfolgreich Widerstand leisten kann. Im Übrigen kommt z.B. Israel mit einem Rüstungshaushalt von 22 Mrd. Dollar aus. Aber hierzulande beklagen sich die Wehrbeauftragten alljährlich, dass ein Großteil der Waffen

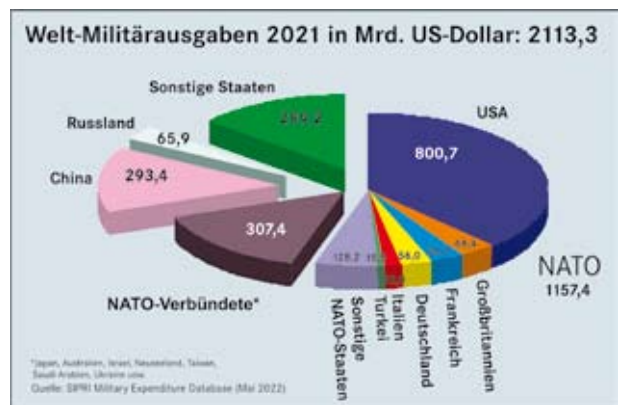
nicht einsetzbar sind, obwohl die deutschen Rüstungsausgaben seit 2015 real um 27 % erhöht wurden.

Wird das Geld von Bundeswehr für den Kauf von Großgeräten ausgegeben, ohne zu bedenken, dass man auch Ersatzteile für ihren Betrieb braucht? Oder wird die Rüstungsindustrie mit Steuermilliarden gefüttert, ohne dass die Regierung es mit der Qualität so genau nimmt?

Statt weitere 100 Mrd. Euro in dieses Fass ohne Boden zu werfen und dafür das Grundgesetz zu ändern, wäre es sinnvoller, die Verantwortlichen für diese Misswirtschaft zur Rechenschaft zu ziehen.

Das Geld, das man zusätzlich für Rüstung ausgeben will, wäre bestens im Kampf gegen die Klimakrise, für die Entlastung der durch höhere Heiz- und Transportkosten gebeutelten mittleren und unteren Einkommen und für den Wiederaufbau der Ukraine aufgehoben.

Nico Biver



Grafik: Nico Biver

Ein Tag, die Welt anzuhalten

„Wenn wir streiken, steht die Welt still!“ ist das Motto des internationalen Frauen-Kampftags. DIE LINKE steht in der feministisch-sozialistischen Tradition der prägenden Vordenkerin der Frauenemanzipation, Clara Zetkin, und hat auch in diesem Jahr rund um den 8. März mit Nelken und Veranstaltungen auf den Weltfrauentag aufmerksam gemacht.

Besonders in Berufen, die mehrheitlich Frauen* ausüben, ist die Bezahlung unzureichend und der Wichtigkeit der Aufgaben unangemessen. Deshalb haben wir schon am 7. März, dem Equal-Pay-Day, unsere Solidarität mit den Kolleg*innen in den Sozial- und Erziehungsberufen ge-



zeigt, die sich zudem im Tarifstreit befinden (siehe den Beitrag von Renate Bastian in dieser Ausgabe). Nelken und Flyer wurden an den Kindergärten ebenso gern gesehen wie in der ganzen Stadt am Frauentag selbst. Auch auf der Hauptkundgebung waren wir mit zahlreichen Genoss*innen vertreten.

Für DIE LINKE ist klar: Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben ein, in dem Erwerbsarbeit, Familienarbeit, gesellschaftliches und politisches Engagement für Männer und Frauen miteinander vereinbar werden. Feminismus geht uns alle an, denn wir alle profitieren von einer geschlechtergerechten Welt.

Alexander Cramer

In eigener Sache

Nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe haben wir von den Vorwürfen sexualisierter Gewalt innerhalb der LINKEN in Hessen erfahren. Wir nehmen diese sehr ernst. DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf unterstützt die Bemühungen des Landesvorstands, die Fälle aufzuklären und wird auch auf Kreisebene Strukturen schaffen, die sexuell übergriffiges Verhalten in der Mitgliedschaft verhindern sollen, wengleich in unserem Kreisverband von solche Ereignissen nichts bekannt ist.

Die Vorwürfe machen deutlich, dass DIE LINKE. ihren Anspruch als feministische, emanzipatorische Partei nicht erreicht hat und dass Strukturen existieren, die der Erneuerung bedürfen. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, diesem Anspruch in Zukunft noch stärker gerecht zu werden.

Alexander Cramer